

1/2009

Gegen die Wand

Gern sprechen Freunde massiver Staatsintervention in der gegenwärtigen Finanzkrise von einer „keynesianischen Situation“ und verweisen manchmal auf den seinerzeit angeblich erfolgreichen Kampf des Präsidenten Roosevelt gegen die „Große Depression“. Dieser stützte sich damals auf die Lehren von Lord Keynes, welcher übrigens Adolf Hitlers vordergründig erfolgreicher Ankurbelungspolitik auch nicht seinen Beifall versagte.

Wie war 1929 die Ausgangslage? Nach einer rasanten Kreditexpansion („Politik des billigen Geldes“) durch die Zinspolitik der FED und einen entsprechenden nie gekannten, für immerwährend gehaltenen Aktienboom zog die FED (wie heute) schließlich die Notbremse (Diskontsatz von 0,5 auf 6 Prozent). Die Folge: Absturz der Wirtschaft, massive Pleiten, Arbeitslosigkeit bis auf einen Höhepunkt von fast 12 Millionen. Roosevelt bekämpfte diese Katastrophe mit „deficit spending“, öffentlichen Arbeiten, großen staatlichen Investitionen und Versuchen, die Löhne zu stabilisieren sowie Einwanderungsbeschränkungen. Damals wurde ein gesetzlicher Mindestlohn verbindlich, der weitere 500.000 Menschen arbeitslos machte. Diese Maßnahmen wurden durch Handelsprotektionismus nach außen ergänzt: Zölle! Folge: Rückbildung der Weltwirtschaft. Die Gewerkschaften wurden privilegiert (Wagner-Act). Die Niedrigzinspolitik wurde wieder aufgenommen. Ergebnis von alledem: Die Arbeitslosigkeit verringerte sich nicht: es waren 1939 immer noch etwa 11 bis 12 Millionen arbeitslos – so wie 1933. Das deficit spending erwies sich als falsch. Es kam zu einer „Depression in der Depression“. Erst nach 1945 ging es in den USA wieder aufwärts (Japan ist gegenwärtig mit dieser Politik bei 160 Prozent Verschuldungsquote angelangt, während die Industrie weiterhin stagniert; auch der „Aufbau Ost“ war eine keynesianische Fehlleistung).

Gegenwärtig spielt sich in den USA wieder dieselbe Tragödie ab, nur mit noch mehr Einsatz von Papiergeld und Schulden. In Deutschland, obwohl von einer eigentlichen „Kreditklemme“ offenbar noch entfernt, wird ebenfalls mit deficit spending in eilig zusammengewürfelten Konjunkturprogrammen mit gewaltigem Umfang derselbe Fehler gemacht. Wird der von Jürgen Rüttgers vorgeschlagene „Schutzschirm“ für notleidende Industrien Realität, geht das Schuldenmachen forciert weiter und eine große Inflation am Ende ist nicht mehr unwahrscheinlich. (Von der Sozialisierung des unternehmerischen Risikos abgesehen.) Dieser „Marshallplan für Unternehmen“ ist schon rein technisch undurchführbar: wer entscheidet darüber, welche Industrien Mittel bekommen? Die Unterscheidung zwischen „kranken“ und „gesunden“ Betrieben ist kaum durchzuhalten; werden **alle** Betriebe unter die Fittiche genommen, reicht das Geld nicht und die **Wirtschaft ist praktisch sozialisiert**. Auch wird das unternehmerische und gewerkschaftliche Bemühen einer betrieblichen Sanierung durch diese Maßnahmen geschwächt (Joachim Starbatty).

Was tut stattdessen Not? Der Staat ist keine Milchkuh mit 80 Millionen Zitzen, die im Himmel gefüttert wird. Erfolg verspricht nur eine **Erleichterung der Anpassung** an die unvermeidliche Marktberingung, z. B. durch eine Rosskur im Arbeits- und Sozialrecht sowie bei den Staatsfinanzen und besonders im Steuersystem. Privatisierung und Deregulierung rundum! Es ist nicht vorteilhaft, Brände mit Benzin zu bekämpfen. Wenn die deutsche Regierung so weitermacht, wird sie Deutschland in eine anhaltende „reale“ Krise stürzen, die auch die Politik nicht mehr verschonen wird. Vielleicht wird diese Erfahrung dann eine neue Ära der Freiheit und Selbstverantwortung einleiten und zu einer Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft führen, deren Lehren so massiv missachtet wurden.